Stille Nacht statt 1.-August-Feuerwerk

68 Prozent der Schweizer befürworten ein Verbot von lautem Feuerwerk

ERICH ASCHWANDEN, ISABEL HEUSSER

Die Wetteraussichten für den Nationalfeiertag sind ganz passabel. Gemäss Meteo Schweiz sind am 1. August im Flachland zwar vereinzelt Schauer wahrscheinlich. In den Voralpen und Alpen dürfte es ab dem Nachmittag nicht ganz trocken bleiben – doch so schlimm wie in den letzten Tagen wird es nicht. Immerhin ist dadurch die Waldbrandgefahr gering. Den traditionellen Feuerwerken dürfte also nichts im Wege stehen.

Wer es krachen lassen will, sollte noch einmal alles raushauen. Es kann nämlich durchaus sein, dass in der Schweiz sämtliche Feuerwerkskörper, die Lärm machen, verboten werden. Genau das fordert eine Initiative, die im November 2023 eingereicht worden ist. Für Anlässe, die überregional wichtig sind, sollen die Kantone Ausnahmen erlauben können.

In Graubünden hat die Pyrotechnik einen besonders schweren Stand. VALENTIN FLAURAUD / KEYSTONE

Einzelkämpfer mit Hundeschule

Die Website der Initianten macht klar, worum es ihnen hauptsächlich geht. Sie zeigt eine Katze, die sich mit den Pfoten die Ohren zuhält. Lanciert hat das Volksbegehren Roman Huber aus Baden. Der Besitzer einer Hundeschule hatte 2021 genug davon, dass Haus- und Wildtiere an Silvester und am Nationalfeiertag unter der Knallerei leiden müssen. Ohne eine Partei im Rücken zu haben, sammelte der Einzelkämpfer über 137 000 Unterschriften.

Im Bundeshaus wird das Thema inzwischen sehr ernst genommen. Der Bundesrat wollte das Verbot von Raketen und Böllern ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfehlen. Doch dem Parlament ist offensichtlich das Risiko zu gross, dass die Stimmbevölkerung ein Feuerwerksverbot in die Verfassung schreibt. Im Januar dieses Jahres hat die Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) Verständnis für das Anliegen signalisiert, «vor allem was den Lärm der Feuerwerkskörper und dessen Auswirkungen auf Tier und Mensch angeht». Die WBK des Ständerats hat sich dieser Haltung angeschlossen, so dass nun ein indirekter Gegenvorschlag ausgearbeitet wird. Das Initiativkomitee hat diesen Entscheid begrüsst und «ist offen für einen griffigen Gegenvorschlag».

Die Initianten haben auch den Zeitgeist auf ihrer Seite. Immer mehr Gemeinden verbieten Feuerwerke. Dieser Trend lässt sich im Kanton Zürich besonders gut beobachten. Dort kennen schon rund ein Dutzend Gemeinden strenge Regulierungen, und praktisch im Monatstakt kommt ein neues Verbot hinzu. Die Verbote sind unterschiedlich streng. Einige Gemeinden erlauben Feuerwerk weiterhin an Silvester und am 1. August, in anderen können Ausnahmebewilligungen für spezielle Anlässe eingeholt werden.

Interessant dabei ist: Die Verbote stossen auch in bürgerlich geprägten Landgemeinden auf grosse Zustimmung – und zwar in fast allen politischen Lagern. Sie werden beinahe ausschliesslich in Einzelinitiativen, also von der Bevölkerung, angeregt. Die Exekutiven lehnen die Verbote meistens ab – oft mit dem Argument, sie seien nicht durchsetzbar. Doch die Bevölkerung überstimmt dann die Exekutive.

Ausgerechnet in der Stadt Zürich, wo die Linken Grossanlässen und deren Auswüchsen gegenüber skeptisch eingestellt sind, sind Raketen und Böller weiterhin erlaubt. Zwar haben die Grünen ein Verbot für das Feuerwerk am Züri-Fäscht durchgesetzt. Die Knallerei am Silvesterzauber hingegen – ein Fest am Seebecken mit rund hunderttausend Besucherinnen und Besuchern – blieb bisher verschont. Das liegt insbesondere daran, dass das Feuerwerk von Privaten organisiert und finanziert wird. Ein Vorstoss der Grünen zeigt jedoch, in welche Richtung sich die Stimmung entwickelt: Künftig soll die Stadt ein Vetorecht bekommen, um das Feuerwerk bei Nebel kurzfristig absagen zu können.

Noch stärker verbreitet als im Kanton Zürich sind solche Verbote in Graubünden. Weite Teile des Kantons sind inzwischen feuerwerksfreie Zonen. Laut einer Aufstellung von Graubünden Tourismus untersagen dieses Jahr 37 Gemeinden das Abbrennen von lautem Feuerwerk. Zu ihnen gehören auch die bekannten Tourismusdestinationen Arosa, Davos, Laax und St. Moritz. Weitere elf Gemeinden bitten die Bevölkerung, auf Feuerwerk zu verzichten. Die Schaffung von knallfreien Zonen wird als Argument genutzt, um lärmempfindliche Menschen sowie Hunde- und Katzenhalter rund um das Jahresende und den Nationalfeiertag zu einem Kurzaufenthalt in den Bergen zu bewegen.

FDP-Wähler scheren aus

Vorerst ist also noch eine Recherche im Internet nötig, um die Ruheoasen zu finden. Ein nationales Verbot hat jedoch durchaus Chancen. Eine repräsentative Befragung von über tausend Stimmberechtigten hat gezeigt, dass gegenwärtig 68 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer die Initiative «für eine Einschränkung von Feuerwerk» annehmen würden. Die wichtigsten Gründe für die Zustimmung sind die Lärmbelastung, der Umwelt- und Klimaschutz sowie der Stress für die Tiere.

Laut der Ende 2024 durchgeführten Umfrage des Forschungsinstituts GfS Bern kommt die Zustimmung aus fast allen politischen Lagern. Am grössten sind die Sympathien bei den Grünen, der SP und der GLP. Doch auch unter den Wählern der Mitte und der SVP gibt es Mehrheiten für die Initiative, wenn auch weniger deutlich. Lediglich bei den FDP-nahen Wählern spricht sich eine Mehrheit gegen die Initiative aus.

Die hohen Sympathiewerte bilden eine gute Grundlage für die Initianten, um einen griffigen Gegenvorschlag mit einer nationalen Einschränkung zu erzwingen. Sollte dies nicht gelingen, kommt es spätestens im Jahr 2028 zur Volksabstimmung. Bei einer Annahme wäre der 1. August 2030 der erste knallfreie Nationalfeiertag, weil in der Initiative eine Umsetzungsfrist von zwei Jahren festgehalten ist.

Was die Schweiz eint – und wo der Streit beginnt

Eine Untersuchung identifiziert fünf nationale Narrative, die im Volk auf breite Zustimmung stossen – doch bei der Auslegung zeigen sich tiefe Gräben

CHRISTINA NEUHAUS

Wenn ein Land über sich selbst spricht, dann spricht es nicht nur über die Vergangenheit. Es verhandelt auch seine Gegenwart und die Zukunft. Eine neue Studie des Think-Tanks Pro Futuris, die während eines Jahres am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich durchgeführt wurde, zeigt nun erstmals, auf welche Erzählung der Schweiz sich die Bevölkerung einigen kann.

Die Autoren formulieren fünf sogenannte «Narrative der Zukunft, die das nationale Selbstverständnis weiterentwickeln und auf aktuelle gesellschaftliche Spannungsfelder reagieren». Sie lauten: die kompromiss- und reformfähige Schweiz, die internationale und neutrale Schweiz, die naturnahe Schweiz, die solidarische Schweiz und das Wirtschaftsmodell Schweiz.

Die fünf Erzählungen

Diese fünf Selbstzuschreibungen stossen in der Bevölkerung auf breite Zustimmung. Doch die Einigkeit endet dort, wo die Interpretation beginnt. Was bedeuten die fünf Narrative nun konkret? Die Studie formuliert hierzu jeweils zwei Strömungen, die zentrale politische Spannungsfelder abbilden. Sie zeigen sich in Fragen wie: Soll Solidarität primär durch staatliche Unterstützung oder durch Eigenverantwortung gelebt werden? Gelingt die Zukunft durch internationale Kooperation oder durch nationale Souveränität? Und wer bestimmt eigentlich, was eine Schweizer Landschaft oder eine Identität ist?

■ **Die kompromiss- und reformfähige Schweiz.** Im Zentrum steht das Ideal der Konsensdemokratie. Die Schweiz zeichnet sich durch Kompromissfähigkeit, institutionelle Stabilität und respektvollen politischen Dialog aus. Diese Haltung habe der Schweiz erlaubt, über Jahrzehnte hinweg Reformen zu realisieren.

Konfliktlinie: Die einen betonen den Schutz von Minderheiten, um ein ausgewogenes Gleichgewicht im politischen Prozess zu wahren. Die anderen plädieren für die Wahrung von Mehrheitsinteressen, aus Sorge, dass zu viele partikulare Ansprüche die Einheit der Nation untergraben.

■ **Die internationale und die neutrale Schweiz.** Die Neutralität bleibt identitätsstiftend, doch die Schweiz versteht sich auch als Partnerin in einer vernetzten Welt. Internationale Zusammenarbeit – politisch, diplomatisch, wirtschaftlich – wird zunehmend als Voraussetzung für Sicherheit und Wohlstand gesehen.

Konfliktlinie: Der Gegensatz verläuft zwischen einem offenen Konzept der internationalen Zusammenarbeit (auch mit der EU) und dem Ruf nach grösserer Unabhängigkeit. Wer mehr Unabhängigkeit will, fordert tendenziell mehr Souveränität und einen strengeren Neutralitätsbegriff.

■ **Die naturnahe Schweiz.** Die Alpenlandschaft, die Naturverbundenheit und die Idee des bewahrenden Umgangs mit Ressourcen gehören zum traditionellen Selbstbild der Schweiz. Doch die Energiewende und der Klimawandel fordern diesen Anspruch heraus.

Konfliktlinie: Soll man in die Natur eingreifen, um den Klimawandel zu bekämpfen – etwa durch Windparks, Staumauern oder Solaranlagen? Oder steht der Landschaftsschutz im Vordergrund, der Eingriffe auf ein Minimum beschränken will?

■ **Die solidarische Schweiz.** Die Vorstellung, dass niemand ausgeschlossen wird – weder im In- noch im Ausland –, bleibt eine tragende Erzählung. Sozialstaat, humanitäre Hilfe und gesellschaftlicher Ausgleich werden als Teil einer schweizerischen Tradition gesehen.

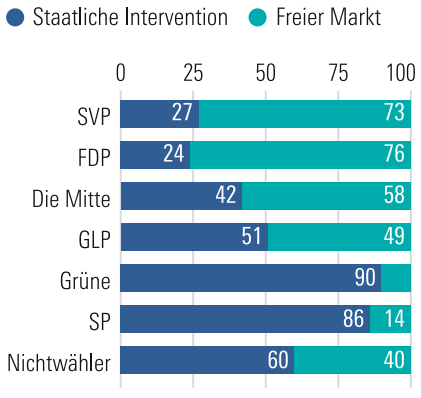
Konfliktlinie: Staatliche Unterstützung wird von den einen als Ausdruck eines wohlhabenden, verantwortungsvollen Landes gewertet. Andere pochen auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und das Faktum der begrenzten öffentlichen Mittel.

■ **Das Wirtschaftsmodell Schweiz.** Innovation, Qualität und Stabilität bilden das Fundament des wirtschaftlichen Erfolgs der Schweiz. Die Erzählung ist weitgehend unbestritten. Doch welche Rolle hat der Staat in einem wirtschaftlich erfolgreichen Land?

Konfliktlinie: Während die eine Seite staatliche Interventionen fordert, um den wirtschaftlichen Erfolg gerechter zu verteilen, plädiert die andere für einen freien Markt, in dem Unternehmertum und Eigeninitiative möglichst wenig behindert werden.

FDP-Anhänger wollen den freien Markt, Grüne den Staat

Präferenz der Parteiwählerschaft zwischen den zwei Narrativen zur Wirtschaft, in Prozent



QUELLE: UNIVERSITÄT ZÜRICH NZZ / nth.

Altbekannte Polarisierungslinie

Die fünf Haupterzählungen stossen quer durch Altersgruppen, Sprachregionen und Bildungsgrade auf breite Zustimmung; dies bei Werten zwischen 66 und 87 Prozent. Am höchsten bewerteten die Befragten das Wirtschaftsmodell Schweiz: eine Erzählung, die auf Fleiss, Innovationskraft und Stabilität baut. Es folgen, mit geringem Abstand, die Narrative der internationalen Neutralität, der naturnahen Schweiz sowie die der kompromiss- und reformfähigen Demokratie. Das Narrativ der Solidarität stösst zwar auf Zustimmung, fällt im direkten Vergleich aber leicht ab.

Doch die grosse Übereinstimmung hört dort auf, wo die politische Einstellung beginnt. Denn die Antworten auf die Fragen, die die fünf Erzählungen aufwerfen, verlaufen entlang der altbekannten Polarisierungslinie: Bürgerliche und Linke können sich zwar auf die fünf Narrative einigen, nicht aber darauf, wie sie zu interpretieren sind.

Die Wählerinnen und Wähler von SP und Grünen wollen mehr staatliche Verantwortung, sozialen Ausgleich und Klimaschutz. Bei den Sympathisanten von SVP und FDP stehen Eigenverantwortung und nationale Unabhängigkeit im Vordergrund, und bei der GLP und der Mitte bewegt man sich dazwischen. Mal ist man integrationsfreudig, mal skeptisch gegenüber Eingriffen des Staates.

Das Fazit der Studie: Die grosse helvetische Grunderzählung wird breit geteilt, doch bei der Interpretation gehen die Meinungen auseinander. Das Was wird beantwortet. Die Polarisierung zeigt sich im Wie.

Der Bericht «Heimat neu erzählen» knüpft an die 2023 publizierte Studie «Geschichten der Heimat» an, die die dominanten nationalen Erzählmuster der letzten fünfzig Jahre analysierte. Für die neue Arbeit wurden fünf zukunftsgerichtete Narrative aus historischen Vorlagen weiterentwickelt, in Fokusgruppen validiert und anschliessend mit über 2000 Stimmberechtigten empirisch getestet. www.heimatneuerzaehlen.ch